

Diskussionspapierreihe
Working Paper Series



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT
Universität der Bundeswehr Hamburg

GEWERKSCHAFTEN IM BUNDESTAG: GEMEINWOHLORIENTIERT ODER LOBBYISTEN?

MICHAEL BERLEMANN
KLAUS W. ZIMMERMANN

Nr./ No. 97
September 2009

Department of Economics
Fächergruppe Volkswirtschaftslehre

Autoren / Authors

Michael Berlemann

Helmut Schmidt Universität Hamburg / Helmut Schmidt University Hamburg
Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre / Institute of Economic Theory
Holstenhofweg 85
22403 Hamburg
Germany
Michael.Berlemann@hsu-hh.de

Klaus W. Zimmermann

Helmut Schmidt Universität Hamburg / Helmut Schmidt University Hamburg
Institut für Finanzwissenschaft / Institute of Public Finance
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg
Germany
kwzi@hsu-hh.de

Redaktion / Editors

Helmut Schmidt Universität Hamburg / Helmut Schmidt University Hamburg
Fächergruppe Volkswirtschaftslehre / Department of Economics

Eine elektronische Version des Diskussionspapiers ist auf folgender Internetseite zu finden/
An electronic version of the paper may be downloaded from the homepage:
<http://fgvwl.hsu-hh.de/wp-vwl>

Koordinator / Coordinator

Kai Hielscher
wp-vwl@hsu-hh.de

GEWERKSCHAFTEN IM BUNDESTAG: GEMEINWOHLORIENTIERT ODER LOBBYISTEN?

MICHAEL BERLEMANN
KLAUS W. ZIMMERMANN

Zusammenfassung/ Abstract

This article focuses on the role of unionized members of the parliament. Referring to the famous study by Freeman and Medoff (1984) and considering the more recent literature we first review unions' political power at the example of the US. We conclude that trade unions have not been very successful in increasing its monopoly power during the last decades. We then study in how far similar results can be found in Europe, where the degree of unionization is considerably higher than in the US. A recent study by Hönigsberger (2008) for Germany basically concludes union members to overwhelmingly stick to their duties as representatives and thus cannot be seen as the parliamentary arm of the trade unions. However, we present contradicting empirical results, based on a newly constructed dataset for Germany. In a VAR analysis we find that the degree of unionization of parliamentary members has a negative impact on economic growth and at the same time increases inflation while detrended unemployment remains unaffected. The effects are stable even after controlling for partisan politics. Thus, at least in Germany trade unions do not seem to be as weak as they tend to claim.

JEL-Klassifikation / JEL-Classification: J 51

Schlagworte / Keywords: trade unions, unemployment, growth, inflation

1. Einleitung

Im Jahre 1973 wurde eine englische Folkrock-Band namens „The Strawbs“ mit dem Song „Part of the Union“ berühmt. Eine der markantesten Strophen dieses Liedes lautete: “So though I´m a working man / I can ruin the governments plan / Though I´m not too hard, the sight of my card / Makes me some kind of superman”. Jede Strophe wurde dabei gefolgt von dem eindrucksvollen Chorus: “You don´t get me I´m part of the union / Till the day I die, till the day I die”. Das Lied entstand in einer Zeit, als Gewerkschaften in England durchsetzen konnten, dass ehemalige Heizer auf Dampfloks nunmehr auf Dieselloks funktionslos mitfahren durften und dafür sogar bezahlt wurden wie früher, und es waren noch etliche Jahre hin bis zur konservativen Revolution der Maggie Thatcher, in der die Gewerkschaften feststellen mussten, dass „they have been gotten“ - von der kleinen blonden Lady mit der Handtasche.

Seither war die herrschende Meinung über die Gewerkschaften ziemlich eindeutig und lautet etwa so: Die Gewerkschaften sind die Lobby der Arbeitsbesitzenden. Sie stehen im Wettbewerb mit anderen „special interest groups“ (Olson, 1965) um die Aufmerksamkeit der politischen Klasse. Allerdings ist es von Land zu Land recht unterschiedlich, wie „normal“ sie als Lobby empfunden werden – in Ländern mit korporatistischen Strukturen wie Deutschland haben sie traditionell eine besonders starke Position (Hassel, 2005b, 1). Die Gewerkschaften sind aber auch Vertragspartner: In Gesellschaften mit Tarifautonomie legen Sie in Verhandlungsritualen gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden Lohnhöhen fest, die in der Fläche gelten, also nicht unterschritten werden dürfen. Da diese Verträge (auch) externe Kosten in Form von Arbeitslosigkeit produzieren können, versuchen Gewerkschaften in ihrer Lobbyfunktion Regierung und Parlament dahingehend zu beeinflussen, diese externen Kosten Dritten anzulasten, was die dunkle Seite des Etiketts „arbeitnehmerorientierte Reformpolitik“ darstellt. Gewerkschaftliche Lobbyarbeit kann dabei ganz unterschiedliche Formen annehmen: Sie reicht von Machtdemonstrationen in der Öffentlichkeit über geräuscharme Kooperation mit den ministerialen Arbeitsebenen bis hin zur Vertretung in Regierungen und Parlamenten. Im vorliegenden Artikel interes-

sieren wir uns vorwiegend für die letztgenannte Ausprägung, also der Wahl gewerkschaftsorientierter Parteikandidaten ins Parlament und ihr dortiges Verhalten im Spannungsfeld von Lobbyorientierung und Parteimandat.

Dabei werden wir in Abschnitt 2 zunächst einen Blick auf die Gewerkschaften als Institutionen werfen und skizzieren, welche Aktionen, Funktionen und Wirkungen ihnen von der Ökonomie gemeinhin zugeschrieben werden. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf den Wandel des Gewerkschaftsbildes im Laufe der Zeit. Im dritten Abschnitt skizzieren und diskutieren wir die jüngst von Hönigsberger (2008) vorgelegte Studie zum „parlamentarischen Arm“ der Gewerkschaften im Deutschen Bundestag. Im vierten Abschnitt untersuchen wir dann ökonometrisch, ob die These der Nicht-Existenz oder zumindest der Ineffektivität eines Gewerkschaftsblocks im Deutschen Bundestag durch Hönigsberger, aber auch z.B. für die USA durch Freeman und Medoff (1984) oder Freeman (2005) makroökonomisch in Hinblick auf Wachstums-, Inflations- und Arbeitslosenrate in Deutschland haltbar ist oder nicht. Wie üblich schließen wir mit zusammenfassenden Schlussfolgerungen im fünften Abschnitt.

2. Gewerkschaften am Werke

„Most, if not all, unions have monopoly power, which they can use to raise prices above the competitive level“ (Freeman und Medoff, 1984, 6). Wenn diese Ausnutzung der Monopolmacht den Gewerkschaften schon von durchaus gewerkschaftsfreundlichen Ökonomen attestiert wird, so stellt sich die Frage, warum Regierungen dann mit Ihnen nicht genauso verfahren, wie sie Monopole in Gütermärkten oder Fusionen behandeln. Hayek (1960, 267) vermutet, dass „we have now reached a state where (unions) have become uniquely privileged institutions to which the general rules of law do not apply“. Es mag aber auch daran liegen, dass es weniger um den Faktor Arbeit geht als um den Faktor Wähler im politischen Markt.

In der neoklassischen Ökonomie haben, wie schon in der Einleitung pointiert herausgearbeitet, Gewerkschaften jedenfalls schlechte Karten und sie werfen eine Reihe von Problemen auf (Tisdell und Hartley, 2008, 313). Zum ersten wird gemeinhin davon ausgegangen, dass sie negativ auf die Produktivität und Effizienz der Firmen wirken, weil sie restriktive Praktiken befolgen und die Mobilität der Arbeit behindern. Zum zweiten können sie aufgrund ihrer Monopolmacht höhere Löhne für ihre Mitglieder durchsetzen und produzieren so ein Lohndifferential zu den Nicht-Mitgliedern. Zum dritten speist sich diese Monopolmacht aus verschiedenen Quellen wie Zugangsbeschränkungen, closed shops, Streikfähigkeit und Lobbying gegenüber Regierung und Parlament. Es stellt sich somit die Frage, wie die öffentliche Politik gegenüber solchen Institutionen aussehen sollte, deren Macht und Verhalten in krassem Gegensatz zu den Strukturen stehen, über die Ökonomen gemeinhin ein Wohlfahrtsmaximum ansteuern wollen.

Um diesen Fragen nachgehen zu können, sollte man Gewerkschaften zunächst einmal als Clubs (Buchanan, 1965; Cornes und Sandler, 1999) verstehen, und da sie realiter ja existieren, besteht scheinbar auch eine reale Nachfrage nach Clubmitgliedschaft. In der Konsequenz scheinen die Gewerkschaften gegen einen (einkommensabhängigen) Mitgliedsbeitrag diverse Güter anzubieten, die den Mitgliedern die Beiträge wert sind: Lohnverhandlungen in ihrem Namen, Informationsbereitstellung über Arbeitsmärkte, Rechtsberatung und Vertretung in Arbeitskonflikten, Verhandlungen über Arbeitsbedingungen in Betrieben, generelle Unsicherheitsreduzierung (you don't get me I'm part of the union) und Lobbying gegenüber Regierung und Parlament bzgl. guter politischer Rahmenbedingungen im Kontext arbeitnehmerorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Mehrzahl dieser Güter des „Multi-Product-Clubs“ Gewerkschaft sind aber öffentliche Güter, und nach Olson (1965) kann das Kollektivgutproblem bei großen Gruppen nur durch Zwang gelöst werden. Versüßt wird auch nach Olson dieser Zwang wieder durch einiges an selektiven Anreizen oder privaten Nutzen, die die Gewerkschaften anbieten – über Rechtsberatung hinaus z.B. Versicherungen, Hilfe bei der Jobsuche, Durchsetzung von Senioritätsrechten im Betrieb etc. Dass Regierungen häufig gerade an großen Gewerkschaften oder gar Fusionen wie bei der Gewerkschaft ver.di interessiert sind, kann durch Reduzie-

nung von Transaktionskosten im Geschäft mit ihnen (industrial relations, Wohlfahrtsstaat, Einkommenspolitik) erklärt werden. Berücksichtigt man zudem bürokratisches Verhalten, so kommt hinzu, dass das Leben von Bürokraten und Politikern dadurch weniger turbulent wird.

Ein gewisser Grad an Paradigmenwechsel in der Beurteilung der Gewerkschaften als Multi-Product-Clubs hat sich vor knapp 25 Jahren mit der Publikation des heute geradezu klassischen Buches „What Do Unions Do?“ (WDUD) von Freeman und Medoff (1984) ergeben. Zu Ehren der Autoren veranstaltete die Zeitschrift „Journal of Labor Research“ 20 Jahre später ein Symposium, dessen Beiträge dort auch abgedruckt sind. Freeman selbst setzte sich in einem Beitrag (2005) mit den diversen Artikeln auseinander und kommt insgesamt zum Resultat, dass sich cum grano salis die seinerzeitigen Ergebnisse über die Zeit bestätigt haben. Die leitende Idee dieses Buches war, sich nicht auf Gewerkschaften als „textbook monopoly“ zu konzentrieren, sondern sie als soziale Institutionen zu behandeln, die – im Kontext von Hirschman (1970) - die „collective voice“ repräsentieren. Kommunikation und als Vorbedingung, die Stimme zu erheben, ist zentral für diesen Ansatz, wie Freeman (2005, 642) anmerkt: “For employee voice to be effective at the workplace, management must listen. For employee voice to be effective more broadly, the state and society must listen.“ Nach Freeman (2005, 643) ist “voice without power too often ignored”, so daß beides rechtens ist und zu seinem Recht kommt, wenn es ökonomische Nutzen gibt, die sich an der Formel der Gewerkschaften als soziale Institutionen festmachen lassen. Freeman ist auch nach 20 Jahren noch der Überzeugung, dass diese ökonomischen Vorteile - niedrigere Fluktuation, erhöhte Produktivität, bessere Ausbalancierung von Löhnen und fringe benefits, verringerte Dispersion in der Einkommensverteilung der Arbeitnehmer und politischer Erfolg der Gewerkschaften in der Verbesserung der „Lage der arbeitenden Klasse“ (F. Engels) - die Nachteile der Gewerkschaften als „textbook monopoly“ überwiegen. Er weist aber auch darauf hin, dass sich diese Gesamtbilanz möglicherweise verändern könnte, wenn Begrenzungen der Analyse (das Werk von Freeman und Medoff (1984) ist rein US-zentriert) aufgegeben würden. Bedeutend ist für ihn vor allem die (methodisch bedingte) fast völlige Unterlassung, die Auswirkungen der Gewerk-

schaften auf Makrogrößen und dabei insbesondere das Wachstum des Outputs oder der Beschäftigung untersucht und in der Gesamtbilanz berücksichtigt zu haben.

Einige der wenigen Analysen der Auswirkungen des Gewerkschaftswirkens auf Wirtschaftswachstum stammt von Hirsch (2004). Freeman hebt in seiner Würdigung der Arbeit von Hirsch, hervor, dass dieser zeigen konnte, dass die gewerkschaftlich organisierten Teile der US-Wirtschaft langsamer gewachsen sind als die gewerkschaftsfreien. Hirsch führt dies genauso wie Freeman und Medoff (1984) auf geringere Investition und FuE aufgrund einer geringeren Profitabilität (Umverteilung zu den Arbeitnehmern) zurück (Freeman, 2005,647). Es kommt hinzu, dass auch das Beschäftigungswachstum in den Gewerkschaftssektoren geringer ausgefallen ist, weshalb zumindest für die Firmen- und Sektorebene der Schluss naheliegt, dass Gewerkschaften das Wachstum reduzieren. Daraus aber zu folgern, dass dies dann auch das Wachstum auf der Ebene der Gesamtwirtschaft reduziert, ist nach Freeman fehlgeleitet, denn verringertes Wachstum im Gewerkschaftssektor könnte ja durch höheres Wachstum im gewerkschaftsfreien Sektor überkompensiert werden, was eine den amerikanischen Verhältnissen entsprechende Argumentation ist. Sein Hauptargument ist aber ein anderes: Gerade die Gewerkschaften hätten zum Wachstum beigetragen, da sie Pensionspläne mit den Firmen ausgehandelt haben, was im gewerkschaftsfreien Sektor weitaus weniger zu beobachten war. Da aber Pensionspläne letztlich eine erhöhte Sparrate implizieren und damit das Kapitalangebot erhöhen und Sparrate und Investitionsquote generell hoch korreliert sind, könnten die Gewerkschaften also auch das Wachstum gesteigert haben, falls dieser positive Makro-Effekt den negativen Mikro-Effekt in Firmen und Sektoren überkompensiert. Allerdings betont Freeman, dass dies ein „unexplored issue“ ist, der noch der Klärung bedürfe. Auf jeden Fall aber attestiert er, dass die Gewerkschaften außerhalb der USA eine größere Rolle in der makroökonomischen Politik spielen, die auch manchmal zur Unterstützung von „disastrous populist macroeconomic policies“ (Freeman, 2005, 648-49) geführt haben, wie auch Pencavel (2005, 81-82) in seinem Symposiumsbeitrag ausführt. Gewerkschaften sind eben „mutable social institutions that operate differently in different international settings“ (Freeman, 2005, 649).

Auch im Hinblick auf Kapitel 13 mit dem Titel „Union Political Power: Myth or Reality?“ aus Freeman und Medoff (1984), also der „collective voice“, sieht sich Freeman (2005,656) heute bestätigt. Unter der Prämisse, dass Gewerkschaften die Ziele verfolgen, die Gesetzgebung oder den Vollzug so zu beeinflussen, das sie als Organisation erfolgreich sind (oder zumindest erscheinen) und Gesetze zu initiieren, die den Arbeitnehmern in der Gesamtheit nutzen, gilt zumindest für die USA, dass es den Gewerkschaften trotz einer starken Verbindung mit den Demokraten nicht gelungen ist, Gesetze und Regelungen durchzubringen, die für sie als Institutionen förderlich waren. Erfolgreicher waren die Gewerkschaften darin, in Kooperation mit anderen Gruppen arbeitnehmerorientierter Gesetzgebung breiteren Raum zu verschaffen. Freeman und Medoff (1984, 206) schreiben hierzu: „The reality is that unions have considerable political power in some areas. The myth is that they can use this power for the purpose of strengthening unionism and union economic power without general political consent.“

Welche Macht zur Beeinflussung des politischen Prozesses die Gewerkschaften wirklich haben, hängt natürlich stark von den institutionellen Systemen in den verschiedenen Ländern ab. Eine Besonderheit des amerikanischen Systems besteht z.B. darin, dass Wähler sich registrieren lassen müssen. Die US-Gewerkschaften fahren daher Kampagnen, um den Anteil ärmerer Bevölkerungsschichten an den Registrierten zu erhöhen. Daneben gibt es aber auch eine ganze Reihe von Aktionen, die Gewerkschaften in beinahe jedem Land einsetzen können. Sie können z.B. Propaganda dafür machen, eine bestimmte Partei zu wählen, sie können Pro-Gewerkschafts-Kandidaten in der Wahl unterstützen und auch ihre Angestellten und Hauptamtlichen für solche politische Aktivität einsetzen. Die Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler im Jahr 1998 war ein klassisches Beispiel hierfür. Damit gewerkschaftliche Macht tatsächlich ausgeübt werden kann, müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Zunächst müssen dermaßen unterstützte Kandidaten einen beträchtlichen Anteil der Parlamentsabgeordneten ausmachen, zum zweiten müssen diese oder auf eine andere Art pro-gewerkschaftlich beeinflussten Parlamentarier zumindest bei den wichtigen Themen auch so stimmen, wie es den Gewerkschaften vorschwebt, und zum dritten müssen diese Stimmen ausreichen, zumindest einige der Gesetzgebungsvor-

haben der Gewerkschaften auch per Mehrheit durchzusetzen. Freeman und Medoff (1984, 192-198) argumentieren, daß der Wahlerfolg von gewerkschaftsorientierten Kandidaten zentral von der generellen politischen Stimmung abhängt. Sie konnten auch nachweisen, dass das Stimmverhalten von Abgeordneten aus Regionen mit hoher Gewerkschaftsdichte deutlich stärker gewerkschaftsnahe Projekte unterstützte als jenes von Abgeordneten aus Bereichen mit schwächerer Gewerkschaftsdichte. Eine Analyse der Gesetzesvorhaben getrennt nach den Kategorien special interest, labor und general social legislation zeigte allerdings, dass Gewerkschaftsinteressen am besten in den letzten beiden Kategorien durchgesetzt werden konnten, der Versuch einer Ausweitung der Monopolmacht generell jedoch nicht erfolgreich war. Dieser Misserfolg kann im wesentlichen damit erklärt werden, dass normalerweise die Nutzen von special interest legislation konzentriert sind, während die Kosten von der allgemeinen Öffentlichkeit getragen werden. Im Fall der Ausweitung der Gewerkschaftsmacht sind die Kosten und Nutzen jedoch konzentriert, denn die Lobby-Macht ist ein Nullsummenspiel zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern oder generell der Wirtschaft. Somit stehen den Gewerkschaften hier nicht mehr die amorphe Allgemeinheit, sondern machtvolle Interessengruppen der Wirtschaft gegenüber. Da die Gewerkschaften in den USA nur einen Bruchteil der Arbeitnehmer umfassen, müssen sie mit anderen Gruppen Koalitionen eingehen, um erfolgreich zu sein. Der Gewerkschaftserfolg steigt also, je sozialer die angestrebten Ziele sind. Freeman und Medoff (1984, 202) merken hierzu an: "Through no virtue of their own, their main political success is as the voice of workers and the lower income segment of society, not as a special interest group enhancing its own position." Beide sehen aber auch, dass dieses Ergebnis keineswegs ubiquitär sein muss, denn in Europa sind in den Gewerkschaften häufig (knapp) die Hälfte der Arbeitnehmer organisiert. Dementsprechend sollte der Widerstand der Wirtschaft hier weniger effektiv ausfallen. An diesen Ergebnissen hat sich auch in den knapp 25 Jahren seit Erscheinen des Buchs nichts Wesentliches geändert. So ist der Anteil der Wähler aus Gewerkschaftshaushalten in den Vereinigten Staaten kontinuierlich gefallen, jedoch konnte laut Masters und Delaney (2005, 379-382) verhindert werden, dass der Kongress Gesetze zur Schwächung der Gewerkschaften verabschiedete. Gleichwohl hat die sinkende Gewerkschaftsdichte es ermöglicht, dass in einzelnen Staaten sehr wohl sol-

che Initiativen (republikanischer Gouverneure) erfolgreich waren. Die Gewerkschaftsmacht in den USA muss also als ein Mythos erscheinen: Die Selbstbindung der Gewerkschaften an die Demokraten mag bei diesen dazu geführt haben, deren Unterstützung für selbstverständlich gehalten und ihren Wert unterschätzt zu haben. Dies dürfte wohl auch für Deutschland hinsichtlich der SPD, den Gewerkschaften und der Agenda 2010 gegolten haben. Wenn Masters und Delaney (2005, 387) allerdings meinen, „labor fails a critical test: It simply does not inspire“ und den Gewerkschaften mangle es an der „passion of ideas“, so mag das für die USA zutreffen, in den alten, noch quasi-feudalen Ländern Europas mit Idealen wie der „Einheit der Arbeiterbewegung“ könnte dies dann doch anders aussehen.

Auch wenn viele der hier diskutierten Aspekte stark USA-bezogen sind, so lassen sie sich doch teilweise auf Europa übertragen. Dies gilt zumindest für die drei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Gewerkschaften politische Macht ausüben können: ein beträchtlicher Anteil von den Gewerkschaften qua politischer Karriere verbundenen Parlamentariern, eine Loyalität zu den Gewerkschaften auch im Abstimmungsverhalten und eine (auch in Koalitionen mit nahestehenden Gruppen) ausreichende Mehrheitsfähigkeit. In vielerlei Hinsicht sind die Verhältnisse in Europa aber auch anders als in den Vereinigten Staaten. Freeman und Medoff (1984) sahen den Hauptgrund für die Verfehlung der special-interest-Ziele der amerikanischen Gewerkschaften darin, dass die Nutzen und Kosten von Gewerkschaftsprojekten konzentriert anfallen, weil ihnen in den Wirtschaftsverbänden gleichstarke oder gar überlegene Gegner erwachsen. In Europa sind die Arbeitnehmer weit stärker in Gewerkschaften organisiert, so dass der Widerstand der Wirtschaft im Prinzip geringer ausfallen sollte. Es kommt noch etwas hinzu: Freeman (2005, 645) konstatiert in den USA eine konfrontative Beziehung zwischen den Gewerkschaften und der Wirtschaft, attestiert den Europäern aber „more civilized relations“. Die andere Seite dieser Medaille ist dann aber auch seine Erkenntnis, dass in der makroökonomischen Politik und in politischen Entwicklungen generell Gewerkschaften eine bedeutendere

Rolle spielen als in den USA, wobei erschwerend hinzukommt, dass es in vielen europäischen Ländern quasi keine Opposition des Managements gibt (Freeman 2005, 659).¹

Schon diese wenigen Bemerkungen zeigen, dass die US-Ergebnisse keineswegs ohne weiteres auf Europa und insbesondere Deutschland übertragbar sind, und es besteht der Verdacht, dass die Gewerkschaften in den USA nicht so segensreich gewirkt haben, wie Freeman für die USA meint. Das mag in überzogenen Lohnforderungen als special interest seinen Ursprung haben, kann aber sicher zum Teil auch auf den „collective voice“ Aspekt zurückgeführt werden. Unter diesen voice-Aspekten ragt aber insbesondere die gewerkschaftliche Repräsentanz in den Parlamenten heraus, und logischerweise muss es gegenüber der Öffentlichkeit im Interesse der Gewerkschaften sein, einen solchen bias in der Entscheidungsfindung von Regierung und Parlament möglichst herunterzuspielen, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, das Parlament sei von den Gewerkschaften kolonisiert worden. Ein Ansatz dazu kann darin bestehen, den zweifellos bestehenden Widerspruch zwischen der Gewerkschaftsverpflichtung eines Abgeordneten und dem politischen Mandat, das dem Volke geschuldet ist, zugunsten des letzteren zu interpretieren. Es ist dabei geradezu ein Glücksfall, dass jüngst eine Studie von Hönigsberger (2008) publiziert wurde, die sich genau mit diesem Thema auseinandersetzt und als nächstes analysiert werden soll, bevor wir ökonometrisch versuchen wollen, den Einfluss der Gewerkschaften in Deutschland empirisch zu analysieren.

3. Der parlamentarische Arm der Gewerkschaften

Die Hönigsberger-Studie zum „parlamentarischen Arm“ der Gewerkschaften (2008) ist zunächst einmal mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren, da sie sowohl von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert, wie auch in einer ihrer Reihen publiziert wurde. Diese Stiftung ist das „Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderwerk“ des DGB, be-

¹ Freeman übertreibt hier etwas, denn Flanagan (2005, 57), auf den er sich bezieht, schreibt eigentlich nur: „Yet, a striking feature of international labor relations is that management opposition to unions is rarely observed in the rest of the industrialized world to the degree found in the U.S.“

nannt nach dem ersten Vorsitzenden des DGB nach dem Zweiten Weltkrieg. Für sich genommen ist dies hierzulande nichts Besonderes, denn alle wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte inklusive der Parteien leisten sich einen solchen Ableger, der mal mehr, mal weniger wissenschaftlich geprägt ist.

Gemeinhin gehört es zum Erscheinungsbild von Lobbies, ihre Wirkung auf den politischen Bereich eher herunterzuspielen, da man Ihnen durchaus zu Recht in der Öffentlichkeit unterstellt, es wäre ihr Ziel, leistungsloses Einkommen in Form von Transfers oder wettbewerbsbeschränkender Regulierung vom Steuerzahler oder Staat zu erlangen. In einem „parlamentarischen Gruppenstaat“ (K. Schmidt) wie der Bundesrepublik ist das auch mehr oder weniger akzeptiert. Allerdings wird die Interessenvertretung dann als heikel angesehen, wenn sie im Parlament selbst durch gewählte Abgeordnete stattfindet, die Mitglied einer solchen Interessenvertretung sind oder gar auf ihrer Lohnliste stehen. Der Art. 38 (1) GG bestimmt nämlich, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „Vertreter des ganzen Volkes (sind), an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Nun kann man ja gewählten Abgeordneten nicht das Recht auf eine Biographie absprechen, und so kommt es, dass es zumindest im linken Parteienspektrum lange zum guten Ton gehörte, Gewerkschaftsmitglied zu sein, und manchmal – wie in Rot-Grünen Regierungszeiten von 1998 bis 2005 - bildeten gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete sogar die Mehrheit der Regierungsfractionen. Ein solches Bild ist dabei sowohl für die Gewerkschaften wie auch die Regierungsfractionen heikel. Weder die Regierungen noch die dahinter stehenden Fraktionen können ein Interesse daran haben, fremdbestimmt zu erscheinen, mithin als der „parlamentarische Arm“ der Gewerkschaften wahrgenommen zu werden. Genauso wenig möchten die Gewerkschaften in den Verdacht kommen, etwa eine Art Fünfter Kolonne ins Parlament entsandt zu haben, die evtl. sogar fraktionsübergreifend einen „Gewerkschaftsblock“ bilden.

Um einen solchen Verdacht zu entkräften, bestehen nun zwei prinzipielle Möglichkeiten: Zum einen kann mit den Zahlen der Parlamentarier mit Gewerkschaftsausweis in den diversen Bundestagen seit Gründung der BRD argumentiert werden. Wenn man das geschickt anstellt und sich primär nicht auf die Vergangenheit, sondern fast ausschließlich auf die laufende 16. Legislaturperiode bezieht, wie es Hönigsberger tut, dann kann man auch numerisch nachweisen, dass es zur Mehrheitsstärke der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten weder in Parlament noch Regierungsfraktionen reicht. Man kann aber auch eine zweite Strategie gemäß der qualitativen Sozialforschung fahren und leitfadengesteuerte Interviews mit einer gewissen Zahl solcher Parlamentarier führen, die – Hönigsbergigkeit der Untersuchung unterstellt – zumindest einen ergebnisorientierten bias haben werden dadurch, dass sich eben kein Abgeordneter die Blöße geben wird, etwa einen Verstoß gegen den Art 38 GG zuzugeben oder gar anderen zu attestieren. Es verwundert daher gar nicht, wenn Hönigsberger zu dem Schluss kommt: „Je mehr Interviews geführt wurden, desto deutlicher wurde, wie absurd die Unterstellung eines Gewerkschaftsblocks ist“ (Hönigsberger, 2008, 13). Andererseits attestiert er aber auch: „Gewiss sind der gesellschaftliche und der betriebliche Einfluss der Gewerkschaften und ihre parlamentarische Stärke miteinander verschränkt, begünstigt gesellschaftliche Stärke auch den parlamentarischen Einfluss. Kluges und intelligentes Operieren auf parlamentarischer Ebene kann umgekehrt den gewerkschaftlichen Einfluss aber durchaus steigern. ... Der parlamentarische Raum ist ein Interventionsfeld sui generis“ (Hönigsberger, 2008, 26). Na also wird man sagen, zumal der Autor zusätzlich meint, dass der wesentliche Unterschied zu unternehmerischem Lobbyismus „in der nachweislichen Vertretung von Massen- und Mehrheitsinteressen“ liegt (Hönigsberger, 2008, 29, Fn2), oder ganz explizit: „Denn ihre Partialinteressen (der Gewerkschaften) kommen quantitativ und qualitativ einem Allgemeinwohlanpruch erheblich näher als die vielen mehr oder weniger fiktiven Allgemeinwohlbehauptungen einzelner Branchen oder gar Unternehmen“ (Hönigsberger, 2008, 29). Gewerkschaften gehören zwar zum System der Lobbyisten, so diese Interpretation, aber ihre Legitimationsbasis ist doch eine ganz andere, eben Massen- und Mehrheitsinteressen. Andererseits ist schon Max Weber gegen „einen geradezu blinden Köhlerglauben an die Unfehlbarkeit und Allmacht der Mehrheit“ (Weber, 1988, 500) zu Felde gezogen und hat

sich gegen ein „Banausenparlament“, in dem die „Berufsverbände“, also moderner gesagt die Lobbyisten, das Parlament besetzt halten, protestiert.

Trotz dieser deutlichen Voreingenommenheit stellt Hönigsberger (2008, 29) die unterschiedlichen Handlungslogiken von Gewerkschaften und Politik aber sehr deutlich heraus, und im Prinzip ist dem auch zuzustimmen: Natürlich geht es den Gewerkschaften (wie auch anderen Interessenverbänden) darum, Machtkontrolle auszuüben und Macht in ihrem Interesse zu lenken, um den Wünschen ihrer Mitglieder nachzukommen und so auch ihre Mitgliederzahl zu maximieren. Die Gewerkschaften sind eben nicht Partei und stehen nicht im Wettbewerb mit anderen Parteien, nehmen also auch nicht an Wahlen teil. Ebenso natürlich ist in der Politik die Logik der Machtgewinnung und -erhaltung maßgebend, die eben Stimmen (Nordhaus, 1975, Rogoff und Sibert, 1988), Ideologie (Hibbs, 1977, Alesina, 1988) oder gar beides (Frey und Schneider, 1978) maximiert, um die Mehrheit und die Gestaltungsmacht zu erhalten, die das Volk in Wahlen und auf Zeit vergibt. Auch vom Solidaritätsbegriff her lassen sich Gewerkschaften und Politik in Deutschland differenzieren. In den letzten Jahrzehnten ist der Medianwähler nach links gerückt: Politik in Deutschland ist kohäsionsorientiert, appelliert an die gesellschaftliche Solidarität der Bürger, die Solidarität der Starken mit den Schwachen. Gewerkschaften zielen dagegen auf die Solidarität der Arbeitnehmer. Diese soll sie mächtig machen, die gesellschaftliche Solidarität zu ihren Gunsten durchsetzen zu können, und wenn das nicht gelingt, auch unabhängig davon stark zu sein (Hönigsberger, 2008, 30).

In genau diesem Sinne werden gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten aus ihrer politischen und beruflichen Biographie besondere Kompetenzen zugeschrieben, aber eben auch ein dezidiertes Engagement für arbeitnehmerorientierte Reformpolitik. Hönigsberger (2008, 33) formuliert in diesem Zusammenhang: „Zwar neigen die gewerkschaftlich organisierten MdB in aller Regel Positionen zu, die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt nicht nur als Gegensatz, sondern geradezu als wechselseitige Bedingung sehen. Sozialpolitik gilt ihnen als Voraussetzung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Die Sicherung der Existenzgrundlagen der Menschen sehen sie als staatliches Kerngeschäft in

einer modernen Gesellschaft an“. Auf den ersten Blick mag man dieses Statement auch mit dem Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft für verträglich halten. Andererseits findet man DGB-Gewerkschafter vornehmlich in den Fraktionen der SPD und neuerdings der Partei „Die Linke“. Dies hat vor allem historische Ursachen: Die Standortverteilung der Parteien ist im wesentlichen ein Kind der Auseinandersetzung um Mitwirkungsrechte bei der Steuererhebung und der staatlichen Ausgabentätigkeit in der Industrialisierungsphase der europäischen Länder. Die ideologischen Standorte der Parteien sind nach Lipset/Rokkan (1967) zentral durch ihre Positionierung in Großkonflikten bestimmt. Zualterererst ist hier natürlich der grundlegende Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu nennen, als dessen Folge Gewerkschaften und Arbeiterparteien entstanden. Den Gegenpol in diesem Konflikt besetzten die konservativen Parteien, denen es primär darum ging, die Interessen des Bürgertums in der Regierungsarbeit berücksichtigt zu sehen. Die modernen Ausprägungen dieses Prozesses sind zuvorderst die SPD und die Unionsparteien, denen es im Nachkriegsdeutschland gelang, die konfessionelle Spaltung aus der Zeit des „Zentrums“ zu überwinden. Beide Parteien haben zudem eine Metamorphose von Ideologieparteien zu Volksparteien hinter sich, deren Ideologie nun darin besteht, innerhalb parteipolitischer Rahmensetzung alle Schichten des Volkes, vermittelt durch deren Repräsentanten, in den Dialog einzubeziehen (Franke, 2000).

Es ist also durchaus zu erwarten gewesen, dass sich Gewerkschafter des DGB im wesentlichen in den „linken“ Parteien des Spektrums finden lassen, weshalb wir an dieser Stelle kurz in einem numerischen Intermezzo auf die von Hönigsberger (2008) präsentierten Daten zurückkommen wollen (vgl. hierzu Tabelle 1).

Tabelle 1: Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete im Bundestag

	Anzahl der MdB je Fraktion	Anzahl der MdB im DGB je Fraktion	in % MdB je Fraktion	in % der MdB im DGB
CDU/CSU	226	10	4,4	5
SPD	222	161	73	73
FDP	61	1	2	0
Linke	54	35	65	16
B90/Grüne	51	14	27	6
	614	221	36	100

Quelle: Hönigsberger (2008), Tab.1, S. 41.

Von den 614 Abgeordneten des Bundestags der 16. Wahlperiode (2005-2009) sind nach den Recherchen von Hönigsberger 221 (36%) in einer DGB-Gewerkschaft. Von den Fraktionen ist erwartungsgemäß die SPD mit (aufgerundet) 73% der Fraktion am stärksten „unionized“, gefolgt von den „Linken“, bei der Ex-SPDler und Gewerkschafter eine besondere Rolle spielen, mit (aufgerundet) 65%. Ebenso sind (aufgerundet) 73% der DGB-Gewerkschafter im Bundestag in der SPD-Fraktion heimisch, was durch die Fast-Identität der Zahl der Abgeordneten der SPD-Fraktion und der MdB mit DGB-Mitgliedsausweisen nur ein Zufallsergebnis ist. Der Autor stellt zu Recht fest, dass es eine Mehrheit von DGB-Gewerkschaftern im Bundestag offensichtlich nicht gibt und selbst in der „legendären“ 7. Wahlperiode von 1972-76 nicht gegeben hat, in der 49% der Abgeordneten einer DGB-Gewerkschaft angehörten (Hönigsberger, 2008, 41). Nach Meinung Hönigsbergers (2008, 39) falsifiziert dies den „expliziten Verdacht“ oder die „versteckte Mutmaßung“, „es gebe im Bundestag nicht nur einen mengenmäßig überdimensionierten, sondern noch dazu auch zentral gesteuerten Gewerkschaftsblock“. Der letztgenannte Aspekt ist mit Zahlen naturgemäß nicht zu beleuchten, der erstgenannte allerdings schon. Ob man es nun Block nennt oder nicht – wenn 36% aller Abgeordneten und 73% der SPD-Fraktion Gewerkschafter im DGB sind, dann ist das selbst bei Einbezug der Möglichkeit von Karteileichen und nur symbolischem Signal der Mitgliedschaft eine beträchtliche Quote, die man schon als überdimensioniert bezeichnen kann. Betrachtet man beispielsweise im Jahr 2002 die Zahl der Wahlberechtigten zum Bundestag in Höhe von 61,4 Mio. und die seinerzeitige Wahlbeteiligung von 79,1%, so haben den damaligen Bundestag 48,6 Mio. Menschen

gewählt. Geht man der Einfachheit halber vom selben Prozentsatz der Abgeordneten mit DGB-Ausweisen wie in der laufenden Legislatur aus, also 36%, so sollten bei striktem Repräsentationsprinzip die DGB-Gewerkschaften 17,5 Mio. Mitglieder gehabt haben. Mehr als 11,8 Mio. Mitglieder (1991, ein Vereinigungseffekt) hatte der DGB allerdings nie und zudem sanken seitdem die Mitgliederzahlen in der Folge rapide bis auf 6,2 Mio. (2008), weshalb Hassel (2005a) auch von der „Erosion der gewerkschaftlichen Lobby-macht“ spricht. Es lässt sich nur schlussfolgern: zweifellos sind DGB-Mitglieder im Bundestag deutlich überrepräsentiert.

Möglicherweise ist die Frage nach den DGB-Mitgliedern im Bundestag sowieso die falsche Frage, und es sollte genauer beleuchtet werden, wie groß die Gruppe der Abgeordneten wohl ist, von denen angenommen werden kann, dass sie sich für Arbeitnehmerfragen einsetzen. Hönigsberger (2008, 42) verschweigt honorarweise diese Daten nicht: Addiert man nämlich zu den DGB-Abgeordneten die 10 MdBs im Christlichen Gewerkschaftsbund, die 16 Mitglieder des Beamten-Bundes und die weiteren 10 Mitglieder sonstiger Verbände, kommt man auf 267 Abgeordnete des Arbeitnehmerflügels und somit 39% des Parlaments. Über diese Zahl hinaus sind 89 der CDU/CSU-Abgeordneten auch Mitglieder der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft; bereinigt man diese Zahl um Doppelzählungen – 22 dieser MdBs sind nämlich auch Mitglied im DGB, CGB, DBB und sonstigen Verbänden –, dann ergeben sich 334 Abgeordnete (54,4%),² von denen vermutet werden kann, dass sie Arbeitnehmerinteressen zuneigen. Es handelt sich also dann um eine klare Mehrheit. Nun ist diese Mehrheit zunächst einmal nur rechnerisch gegeben und es mag durchaus sein, dass dies in Anbetracht der parteipolitischen Dispersion nur eine virtuelle Größe ist. Wenn man aber bewußt nach Möglichkeiten einer solchen Mehrheit sucht – und das sollte hier gezeigt werden –, dann kann man sie auch finden. Das gilt natürlich auch für die Parlamentsbereiche, in denen die eigentliche Arbeit stattfindet, die Ausschüsse (Hönigsberger, 2008, 68/69). Hier sind die DGB-Gewerkschafter besonders überproportional vertreten, wenn es zentral um Arbeitnehmerinteressen geht. Beispiele sind die Ausschüsse für Arbeit und Soziales (44,4%) und für

² Hönigsberger (2008, 42) kommt hier zu nicht nachvollziehbaren 324 Abgeordneten und damit nur zu 52%.

Wirtschaft und Technologie (41,7%). Würde man eine analoge Rechnung wie oben aufmachen und auch arbeitnehmerorientierte Verbandsmitgliedschaften außerhalb des DGB berücksichtigen, kann man sich durchaus auch hier starke Mehrheiten für den Arbeitnehmerflügel im Parlament vorstellen.

Wenden wir uns nach diesem Zahlen-Intermezzo den inhaltlichen und qualitativen Argumenten zu, die Hönigsberger dafür anführt, dass ein Gewerkschaftsblock weder relevant noch existent ist. Hier sind insbesondere eine Reihe von Punkten zu nennen, die in Hönigsbergers Interviews mit Gewerkschaftern im Bundestag zutage traten und auch im letzten Teil des Buches ausschnittsweise dokumentiert sind.

Zunächst einmal gibt es ein *operatives* Argument: Zwar haben Gewerkschafter im Bundestag häufig parallele politische Sozialisationsphasen, doch suchen sie letztlich ihren eigenen individuellen Weg zu dem, was sie verbindet: eine arbeitnehmerorientierte Politik. Diese Heterogenität der Nachfrager führe zu einer sehr unterschiedlichen Relevanz für die Anbieter von Lobbyarbeit, verschlechterte aber vor allem die Chancen einer externen Führung, ganz davon abgesehen, dass die interne parlamentarische Führung durch die Fraktionsvorstände (Zuchtmeister-Funktion) teilweise sehr strikt sei (Hönigsberger, 2008, 102). Zudem könne eine auf die pure Organisationszugehörigkeit bezogene „privilegierte Partnerschaft“ gewerkschaftsnaher MdBs für die Fraktionen schädlich sein, insbesondere wenn Konfliktlinien mit den einer anderen Sachlogik folgenden Fraktionsvorständen aufträten. Schließlich weist Hönigsberger darauf hin, dass sich im Gegensatz zu früher kaum noch Gewerkschaftsbosse im Parlament fänden, weil insbesondere diese dem eben geschilderten Problem unterliegen, Konflikte zwischen Gewerkschafts- und Fraktionsinteressen zu erzeugen. Selbst wenn es also einen Gewerkschaftsblock im Parlament gäbe, so würde dieser mangels solcher Figuren in der operativen Führung des Blocks schlecht aussehen (Hönigsberger, 2008, 64).

Aus soziologischer Perspektive sei das grundlegende Problem aber ein *Rollenkonflikt*: Gewerkschafter, insbesondere wenn sie zusätzlich hauptamtliche sind, haben ein Mandat

ihrer Interessengruppe, sind aber gleichzeitig gewählte Repräsentanten ihrer Partei im Parlament. „Man steht als Interessenvertreter quasi sich selbst als Volksvertreter gegenüber“ (Hönigsberger, 2008, 105). Und da werden dann die beiden zuvor skizzierten Logiken relevant. Es muss eine intrapersonelle Entscheidung getroffen werden, welche Logik Vorrang hat, wobei nach Hönigsbergers Untersuchung die sozialdemokratischen Abgeordneten der politischen Logik ein größeres Gewicht für eine arbeitnehmerorientierte Politik zuschreiben. Diese findet allerdings prozessartig statt – mit der Bewerbung zum Bundestag „beginnt diese Mutation vom Exponenten des Verbandsinteresses zum Exponenten des Gemeinwohls, wie fiktiv auch immer das sein mag“ (Hönigsberger, 2008, 103/104). Und gerade deshalb hätte sich selbst vor der Zerreißprobe der Agenda 2010 auch niemand innerhalb der Gewerkschaften der Illusion und außerhalb dem Irrtum hingegen, ihre Abgeordneten in den Regierungsfractionen seien die „Kampftruppen“ (Hönigsberger, 2008, 80) der Gewerkschaften.

Ein anderes Argument ist *historischer* Natur: Zwar haben viele Abgeordnete einen gewerkschaftlichen Hintergrund, ein Gewerkschaftslager im Parlament ergäbe sich aber dennoch nicht, weil harte Auseinandersetzungen und unterschiedliche Positionen in der Erreichung eines gemeinsamen Ziels dominierten und wohl auch zur Streitkultur linker Abgeordneter gehören. Es sei eine geschichtliche Erfahrung, dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und die ideologische Einheit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Sinne einer Einheit der Arbeiterbewegung in deren Geschichte „nie komplett und bruchlos zur Deckung gebracht“ (Hönigsberger, 2008, 89) wurden und werden.

Und letztlich gebe es auch *systemische* Gründe für die behauptete Nicht-Existenz eines Gewerkschaftsblocks: Der eine sei der, dass sich die Parlamentskandidaten im regionalen Kontext durchsetzen müssten, dass aber der nationale Kontext dann zwangsläufig ein ganz anderer sei und auch andere Wege der politischen Einflussnahme eröffne: „Regionale Planungen und strategische Interventionsinteressen entkoppeln sich“ (Hönigsberger, 2008, 94). Hinzu komme der langfristige Prozess der Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive: Das Parlament habe seine Rolle als Entscheidungsorgan weitgehend aufgege-

ben und werde zum Interpretieren von Regierungshandeln, zumindest was die Abgeordneten der Regierungsfractionen betreffe. Das habe zwangsläufig die einzelnen Abgeordneten auch aus der Lobbysicht der Gewerkschaften unwichtiger werden lassen und das Gewicht der Institutionen gesteigert, welche Gesetze oder Regierungsmaßnahmen wesentlich prägen, eben der Bürokratie. Aus Lobbysicht schlage also der Ministerialrat den MdB um Längen. Merkwürdigerweise bleiben aber dennoch nach Hönigsberger (2008, 94) „die Abgeordneten eine politische Einflussgröße, die nicht zu vernachlässigen ist“, nur seien die Gewerkschaften da eben wählerischer geworden: Abgeordnete mit Funktion und Gewicht seien ihre Ansprechpartner, wofür aber eben nicht allein die Gewerkschaftsmitgliedschaft wichtig sei.

Zieht man ein Zwischenfazit aus dieser Diskussion, so ist insbesondere der Zentralthese der unterschiedlichen Logiken von Gewerkschaften und Politik im Grundsatz zuzustimmen: Ein Gewerkschaftsmitglied im Bundestag hat möglicherweise den beschriebenen Loyalitätskonflikt. Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, als wäre dieser etwas künstlich vom Ende her konstruiert, also den Erfahrungen mit der Agenda 2010 der zweiten Regierung Schröder entsprungen und dann generalisiert worden. Es stellt sich die Frage, ob eine solche Generalisierung erlaubt ist, es besteht zumindest aufgrund der Erfahrungen aus der Amtszeit Helmut Schmidts diesbezüglich einige Skepsis. Aber letztlich ist dies eine empirische Frage, die sich nur auf Basis ausreichend langer Zeitreihen beantworten lässt. Wir haben jedenfalls gezeigt, dass es wohl nicht für die DGB-Gewerkschafter, aber durchaus für das Arbeitnehmerlager im Parlament komfortable Mehrheiten geben könnte, zumindest im Prinzip und numerisch. Diese müssen sich realiter nicht offiziell konkretisiert haben, könnten sich aber im Bereich von low politics und behind closed doors durchaus auf der Aktionsebene gefunden haben und zwar auch parlamentsübergreifend. Wir sind auch nicht so überzeugt davon, dass unbedingt jeder Gewerkschafter seinen eigenen individuellen Weg zum Abgeordnetenmandat gegangen ist und daher das Gewerkschaftslager dezidiert heterogen ist; das mag einmal so gewesen sein, wenn ein Anruf des einen Vorsitzenden (einer Gewerkschaft) beim anderen Vorsitzenden (der SPD) reichte, um einer Figur zur Kandidatur zu verhelfen. Wenn aber Ge-

werkschafter heute keinen solchen Bonus mehr haben und zur bekannten „Ochsentour“ in der Sozialdemokratie gezwungen sind, dann sollte aufgrund solch starker Sozialisationsprozesse das Gewerkschaftslager im Bundestag eigentlich mit der Zeit eher homogener geworden sein. Hinsichtlich der sinkenden politischen Bedeutung des Abgeordnetenmandats aufgrund der Machtverschiebung zur Exekutive hin sind wir jedoch voll d'accord, aber einigermaßen skeptisch hinsichtlich einer Veri- oder Falsifizierung in einem ökonomischen Ansatz.

4. Ein stärkerer Arm als gedacht: Empirische Ergebnisse

4.1 Schätzansatz

Um die Frage beantworten zu können, inwiefern sich der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Bundestagsmitglieder an der absoluten Zahl der Parlamentarier auf die makroökonomische Performance der Bundesrepublik Deutschland ausgewirkt, bedienen wir uns im Folgenden eines einfachen ökonomischen Ansatzes. Wir konzentrieren uns dabei auf die typischerweise im Zentrum des Interesses stehenden makroökonomischen Zielgrößen des realen Wirtschaftswachstum, der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate. Anstatt ein komplexes strukturelles Modell für die Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln und in diesem dann die Auswirkungen eines sich ändernden gewerkschaftlichen Organisationsgrades zu schätzen, folgen wir dem Beispiel von Eckstein und Tsiddon (2004) und greifen auf einen VAR-Schätzansatz zurück. In einer VAR-Schätzung wird jede endogene Variable – hier also die drei genannten makroökonomischen Performance-Indikatoren - auf ihre eigenen vergangenen Ausprägungen sowie die aller übrigen endogenen Variablen regressiert. Eine VAR-Schätzung hat demnach die Struktur

$$X_t = \bar{X} + \alpha_1 \cdot X_{t-1} + \dots + \alpha_n \cdot X_{t-n} + \varepsilon_t$$

wobei X einen Vektor endogener Variablen (in unserem Fall also die drei genannten makroökonomischen Performance-Indikatoren), t einen Zeitindex, ε den Störterm und n die Zahl der berücksichtigten Lags der endogenen Variablen bezeichnet. Die optimale Lagstruktur der Schätzgleichungen lässt sich mit Hilfe der bekannten Informationskriterien von Akaike, Schwarz oder Hannan-Quinn bestimmen. Ohne auf ein explizites strukturelles Modell der deutschen Volkswirtschaft zurückgreifen zu müssen, lässt sich nun über die Ergebnisse der VAR-Schätzung der dynamische Zusammenhang zwischen den endogenen Variablen abbilden.

Um den Einfluss des im Zentrum unseres Interesses stehenden gewerkschaftlichen Organisationsgrades der Parlamentarier zu überprüfen, folgen wir dem Beispiel von Eckstein und Tsiddon (2004) und integrieren diese Variable als exogene Variable in die VAR-Schätzung. Um zusätzlich dem potenziellen Strukturbruch durch die Deutsche Wiedervereinigung Rechnung zu tragen, berücksichtigen wir außerdem eine Dummy-Variable U , die bis zum Jahr 1990 den Wert null, danach den Wert eins aufweist. Somit ergibt sich insgesamt das folgende Schätzmodell

$$X_t = \bar{X} + \alpha_1 \cdot X_{t-1} + \dots + \alpha_n \cdot X_{t-n} + \alpha_{n+1} \cdot Y_{t-k} + \alpha_{n+2} \cdot U_t + \varepsilon_t$$

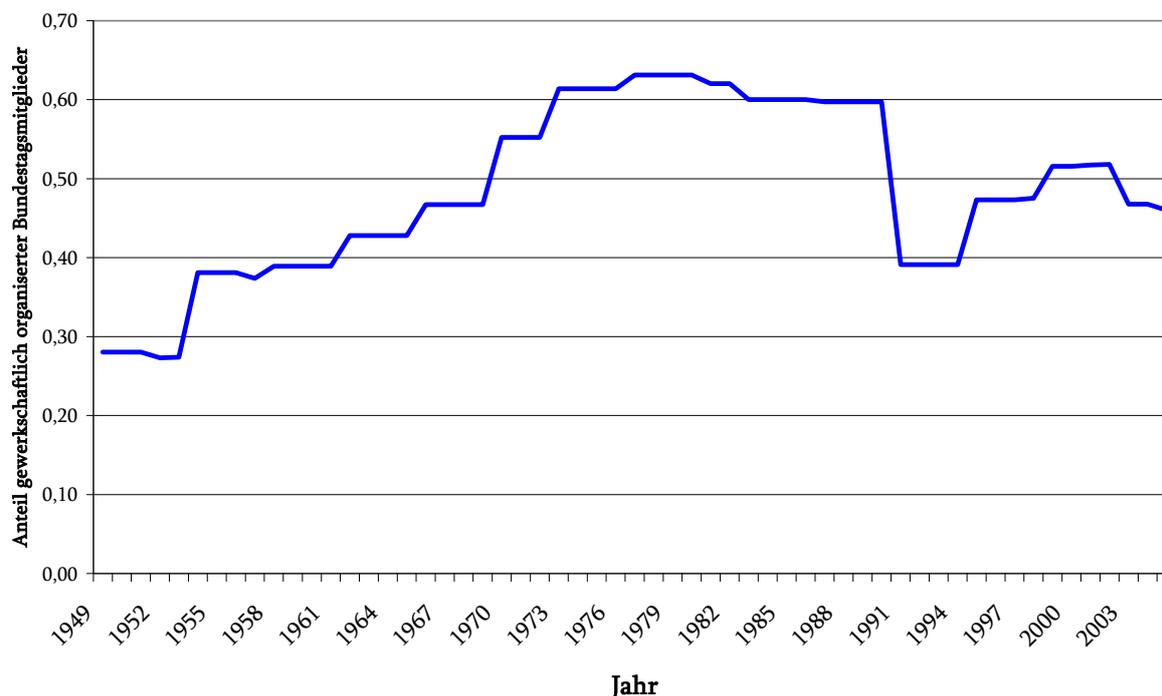
wobei Y die exogene Variable (also der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Bundestagsabgeordneten) und k die relevante Zeitverzögerung der exogenen Variable bezeichnet.

4.2 Verwendete Daten

Für die Analyse werden Zeitreihendaten für die Inflationsrate, die Arbeitslosenquote, das reale Wirtschaftswachstum und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Bundestagsabgeordneten benötigt. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit arbeiten wir im Folgenden mit Daten jährlicher Frequenz.

Die Probleme der Ermittlung der Gewerkschaftszugehörigkeit Bundestagsabgeordneter wurden bereits weiter oben thematisiert. In Ermangelung einer offiziellen oder sonstigen einheitlichen Datenquelle mussten die Daten aus einer Vielzahl von Einzelpublikationen zusammengetragen werden. Hierbei wurde insbesondere auf die Dokumentationen von Hirche (1961,1965,1969,1973), Hönigsberger (2006), Pege (1996,1999,2002,2003) und Richter (1983,1987) zurückgegriffen und eine Zeitreihe mit jährlicher Frequenz konstruiert. Im Hinblick auf die konkrete Abgrenzung des Gewerkschaftsbegriffs herrscht in der Literatur Uneinigkeit. Eine enge Definition umfasst nur solche Gewerkschaften, deren Mitglieder ein Streikrecht besitzen. Diese enge Abgrenzung schließt insbesondere die Gewerkschaft der Polizei und den Deutschen Beamtenbund aus. In einer weiteren Abgrenzung als Arbeitnehmer-Interessenvertretung müssen Gewerkschaft der Polizei und Beamtenbund hingegen mitberücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der im vorliegenden Aufsatz aufgeworfenen Problematik erscheint die weitere Abgrenzung die zielführendere zu sein, da ein Streikrecht für die politische Einflussnahme weniger wichtig zu sein scheint. Zur Kontrolle wird die empirische Untersuchung aber auch für die den Fall einer engeren Gewerkschaftsabgrenzung durchgeführt. Abbildung 1 gibt einen Überblick über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Mitglieder des Deutschen Bundestags.

Abbildung 1: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Mitglieder des Deutschen Bundestags (inkl. Gewerkschaft der Polizei und Deutscher Beamtenbund)



Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis von Hirche (1961,1965,1969,1973), Hönigsberger (2006), Pege (1996,1999,2002,2003) und Richter (1983,1987)

Die Zeitreihen für die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate und das reale Wirtschaftswachstum wurden aus der Zeitreihendatenbank der Deutschen Bundesbank entnommen. Die Arbeitslosenquoten stammen originär von der Bundesagentur für Arbeit. Bei der verwendeten Zeitreihe³ handelt es sich um nicht-saisonbereinigte Werte in monatlicher Frequenz. Um die Zeitreihe in jährliche Frequenz umzuwandeln, wurde jeweils das arithmetische Jahresmittel berechnet und verwendet. Die Inflationsrate stammt originär vom Statistischen Bundesamt und liegt in der Zeitreihendatenbank der Bundesbank bereits in jährlicher Frequenz vor.⁴ Dasselbe gilt für die Zeitreihe der Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.⁵ Die Originärdaten stammen wiederum aus Berechnungen des Statistischen Bundesamts.

³ Es handelt sich dabei um die Zeitreihe mit der Kennung: UUCC02.

⁴ Es handelt sich dabei um die Zeitreihe mit der Kennung: UKFB99.

⁵ Es handelt sich dabei um die Zeitreihe mit der Kennung: JJ5000.

Alle drei Zeitreihen wurden zunächst mit Hilfe eines Augmented Dickey-Fuller-Tests auf ihre Stationaritätseigenschaften hin untersucht (vgl. hierzu Tabelle 2). Während die Nullhypothese der Existenz einer Einheitswurzel für die Zeitreihen der Wachstums- und der Inflationsraten bei Einschluss einer Regressionskonstante zu einem Vertrauensniveau von 90% abgelehnt werden kann, gilt dies nicht für die Zeitreihe der Arbeitslosenquoten. Hier kann die Nullhypothese der Nichtstationarität nur dann abgelehnt werden, wenn zusätzlich ein linearer Zeittrend in die Schätzgleichung aufgenommen wird. Um die Problematik von Scheinkorrelationen zu vermeiden, wurde die Arbeitslosenquoten-Zeitreihe daher zunächst um ihren linearen Trend bereinigt und dann erst in die VAR-Schätzung als endogene Variable integriert.

Tabelle 2: Ergebnisse der Stationaritätstests (Augmented Dickey-Fuller-Test)

Endogene Variable	Inflationsrate	Reales Wirtschaftswachstum	Arbeitslosenquote
Exogene Variablen	Konstante	Konstante	Konstante, Trend
ADF-Teststatistik	-3,708656	-3,594155	-3,305526
Kritischer Wert ($p = 0,1$)	-2,595565	-2,595033	-3,173943
Irrtumswahrscheinlichkeit	0,0065***	0,0089***	0,0757*

4.3 Schätzergebnisse

In einem ersten Schritt wurde die optimale Lagstruktur des VAR-Modells bestimmt. Wie Tabelle 3 zeigt, empfehlen sowohl das Akaike-, das Schwarz- als auch das Hannan-Quinn-Informationskriterium die Verwendung von einem Lag der endogenen Variablen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich bei den vorliegenden Daten um solche mit jährlicher Frequenz handelt, erscheint dies auch inhaltlich vernünftig,

Tabelle 3: Kriterien zur Wahl der Lagstruktur des VAR-Modells

Lag	Sequentielle modifizierte LR Statistik	Finaler Prognosefehler	Akaike-Kriterium	Schwarz-Kriterium	Hannan-Quinn-Kriterium
0	NA	1,85e-07	-6,987275	-6,643111	-6,856215
1	189,9588*	3,56e-09*	-10,94452*	-10,25619*	-10,68240*
2	6.382109	4,40e-09	-10,74018	-9,707690	-10,34700
3	9,447201	5,00e-09	-10,62879	-9,252136	-10,10455
4	8,297578	5,82e-09	-10,50587	-8,785046	-9,850568
5	2,755558	8,00e-09	-10,23198	-8,166993	-9,445619

Endogene Variablen: Trendbereinigte Arbeitslosenquote, Inflationsrate, reales Wirtschaftswachstum, Exogene Variablen: Gewerkschaftsanteil, Wiedervereinigung

Die Ergebnisse der VAR-Schätzung sind in Tabelle 4 zusammengefasst. Die Dummy-Variable für die Wiedervereinigung ist für alle drei Performance-Indikatoren signifikant. Wenig überraschend waren Arbeitslosenquote und Inflationsrate im Durchschnitt nach der Wiedervereinigung signifikant größer als zuvor, während für die reale Wachstumsrate gerade das Gegenteil gilt. Interessanter ist hingegen die den Gewerkschaftsanteil der Bundestagsmitglieder messende Variable. Kein systematischer Effekt lässt sich für die Arbeitslosenquote nachweisen. Zwar hat der Regressionskoeffizient ein negatives Vorzeichen, er ist jedoch nicht signifikant von null verschieden. Für die Inflationsrate hingegen finden wir einen auf dem 99%-Vertrauensniveau signifikanten, positiven Effekt des Gewerkschaftsanteils. Offenbar bewirkt eine starke gewerkschaftliche Vertretung mittelbar eine höhere Inflationsrate. Und schließlich lässt sich auch für das reale Wirtschaftswachstum ein systematischer Zusammenhang nachweisen. So weist der Koeffizient der Gewerkschaftsvariable in der Wachstumsregression einen hoch signifikant negativen Zusammenhang aus. In Zeiten starker gewerkschaftlicher Repräsentanz nimmt das realwirtschaftliche Wachstum also offenbar systematisch ab.

Tabelle 4: Schätzergebnisse VAR

	Trendbereinigte Arbeitslosenquote	Inflations- rate	Wirtschafts- wachstum
Konstante	0,140975 (1,11865) [0,12602]	-0,047276*** (0,01439) [-3,28421]	0,105360*** (0,03214) [3,27791]
Tb. Arbeitslosenquote (-1)	0,909545*** (0,03934) [23,1195]	-0,002375*** (0,00051) [-4,69080]	0,001181 (0,00113) [1,04511]
Inflationsrate (-1)	19,26968*** (4,97303) [3,87484]	0,551428*** (0,06399) [8,61694]	-0,238976* (0,14289) [-1,67244]
Wirtschaftswachstum (-1)	-10,93391*** (4,34137) [-2,51854]	0,207048*** (0,05587) [3,70622]	0,286882*** (0,12474) [2,29980]
Wiedervereinigung	0,471044* (0,27048) [1,74154]	0,011263*** (0,00348) [3,23602]	-0,031858*** (0,00777) [-4,09930]
Gewerkschaftsanteil	-1,144421 (2,10944) [-0,54252]	0,104963*** (0,02714) [3,86881]	-0,143418*** (0,06061) [-2,36619]
Adj. R-Quadrat	0,943917	0,796796	0,600496
F-Wert	179,4070***	42,56437***	16,93287***

Anm.: Standardfehler in runden Klammern, T-Werte in eckigen Klammern

Die Schätzergebnisse bleiben darüber hinaus nahezu unverändert, wenn die Gewerkschaft der Polizei und der Beamtenbund aus der Berechnung des Gewerkschaftsanteils herausgerechnet werden.⁶

Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Partei zu Partei unterschiedlich ist, könnte man den Verdacht haben, dass die präsentierten Ergebnisse eigentlich gar nicht primär auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft der Bundestagsmitglieder zurückzuführen ist. Vielmehr wäre es möglich, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad einfach nur die Machtverteilung zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten widerspiegelt. Wie die Partisantheorien des Konjunkturzyklus (vgl. Hibbs, 1977, und Alesina, 1988) aufgezeigt haben, kann die politische Couleur der aktuellen Regierung einen Einfluss auf die

⁶ Auf die Dokumentation der Tabelle wurde hier aus Platzgründen verzichtet; bei Interesse ist sie bei den Autoren verfügbar.

zentralen makroökonomischen Zielgrößen haben, wenn die Geldpolitik nicht in die Hände einer sehr unabhängigen, inflationsaversen Zentralbank gelegt wird. Für diesen Fall prognostiziert z.B. die rationale Partisantheorie, dass die Inflationsraten unter Linksregierungen systematisch höher sind als unter Rechtsregierungen und nur in der direkten Folge von überraschenden Wahlergebnissen kurzfristige Beschäftigungs- oder Wachstumseffekte auftreten.

Um diesen Verdacht auszuräumen, wurde die VAR-Schätzung noch um eine zusätzliche exogene Variable erweitert, die die politische Ausrichtung der jeweils aktuellen Bundesregierung widerspiegelt. Hierzu wurde eine Partisandummy P konstruiert und als zusätzliche exogene Variable in die Schätzung aufgenommen. Die Partisandummy wurde immer dann mit dem Wert null codiert, wenn in dem jeweiligen Jahr eine SPD-geführte Bundesregierung amtierte. Unter CDU/CSU-geführten Bundesregierungen wurde hingegen der Partisandummy der Wert eins zugewiesen. Wechselte die Regierung unterjährig, so orientierte sich die Codierung an der Partei, die die überwiegende Zeit den Regierungschef stellte. Das erweiterte Schätzmodell ergibt sich somit als

$$X_t = \bar{X} + \alpha_1 \cdot X_{t-1} + \dots + \alpha_n \cdot X_{t-n} + \alpha_{n+1} \cdot Y_{t-k} + \alpha_{n+2} \cdot U_t + \alpha_{n+2} \cdot P_{t-k} + \varepsilon_t.$$

Die Schätzergebnisse sind in Tabelle 5 zusammengefasst. Während keine systematischen Partisaneneffekte im Hinblick auf Wirtschaftswachstum oder Inflationsrate nachweisbar sind, war die trendbereinigte Arbeitslosenquote unter christdemokratisch geführten Regierungen signifikant höher. Die Ergebnisse im Hinblick auf den Einfluss des gewerkschaftlichen Organisationsgrades der Bundestagsmitglieder bleiben hiervon allerdings nahezu unberührt. Ein zunehmender Anteil gewerkschaftlich organisierter Bundestagsmitglieder geht mit signifikant höheren Inflationsraten und niedrigerem Wirtschaftswachstum einher, während auch hier kein systematischer Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote nachgewiesen werden kann. Wiederum sind die Ergebnisse stabil, wenn

die Gewerkschaft der Polizei und der Beamtenbund aus den Ergebnissen herausgerechnet werden.⁷

Tabelle 5: Schätzergebnisse VAR mit Partisandummies

	Trenbereinigte Arbeitslosenquote	Inflations- rate	Wirtschafts- wachstum
Konstante	-1,096587 (1,31525) [-0,83375]	-0,045282*** (0,01743) [-2,59752]	0,122377*** (0,03868) [3,16358]
Arbeitslosenquote (-1)	0,908257*** (0,03859) [23,5370]	-0,002373*** (0,00051) [-4,63885]	0,001199 (0,00113) [1,05654]
Inflationsrate (-1)	20,80067*** (4,95887) [4,19464]	0,548961*** (0,06573) [8,35218]	-0,260030* (0,14585) [-1,78291]
Wirtschaftswachstum (-1)	-9,013789** (4,40381) [-2,04682]	0,203955*** (0,05837) [3,49420]	0,260480** (0,12952) [2,01111]
Wiedervereinigung	0,698658*** (0,29693) [2,35298]	0,010896*** (0,00394) [2,76868]	-0,034988*** (0,00873) [-4,00648]
Partisaneneffekt (-1)	0,373006* (0,21868) [1,70573]	-0,000601 (0,00290) [-0,20732]	-0,005129 (0,00643) [-0,79745]
Gewerkschaftsanteil	0,655169 (2,32219) [0,28213]	0,102063*** (0,03078) [3,31599]	-0,168163*** (0,06830) [-2,46218]
Adj. R-Quadrat	0,946063	0,792662	0,597442
F-Wert	155,9383	34,77027	14,10969

Anm.: Standardfehler in runden Klammern, T-Werte in eckigen Klammern

5. Schlussfolgerungen

Die Frage, die wir Eingangs gestellt haben, ist zwar leicht zu formulieren, aber für den einzelnen Betroffenen vielleicht doch nicht so leicht zu lösen: Wenn Gewerkschaftsmitglieder auf dem Ticket einer Partei zu Parlamentsabgeordneten werden, dann haben sie den Konflikt zweier Loyalitäten zu bewältigen: Partei oder Gewerkschaft? Wenn die Gewerkschaften spe-

⁷ Auch hier wurde auf die Dokumentation der Tabelle aus Platzgründen verzichtet; bei Interesse ist sie bei den Autoren verfügbar.

cial interest groups a la Olson und groß an Mitgliedschaft sind, dann liegt es im Prinzip nahe, politische Macht auch dadurch auszuüben, dass sie Mitglieder der Legislative oder Exekutive stellen und diese in Ihrem Sinne stimmen oder regieren. Ist aber die politische Macht der Gewerkschaften, ausgeübt über eben diesen Kanal, eine politische Realität oder gehört sie eher ins Reich der Mythen? Wir haben hier zunächst den Klassiker der Gewerkschaftsliteratur in Gestalt der Freeman/Medoff-Studie von 1985 zu Rate gezogen, ergänzt durch die vielen Aufsätze, die 2005 zu ihrem 20. Jahrestag publiziert wurden. Das seinerzeitige Ergebnis von Freeman und Medoff hat sich aber auch in zwei Jahrzehnten im Grunde nicht verändert: Den US-Gewerkschaften ist es nicht gelungen, ihre Monopolmacht zu steigern, und sie waren nur dann erfolgreich, wenn sie sich weiteren sozialen Themen zugewandt und dort ihre Verbündeten gesucht haben. Das liegt im Wesentlichen daran, dass normalerweise die Nutzen von Klientelpolitik stark konzentriert und die Kosten diffus sind, aber eben nicht in Gestalt der Gewerkschaften, denen bei vergleichsweise niedrigem Organisationsgrad die geballte Lobby-Macht der Wirtschaft und Arbeitgeber gegenübersteht.

Nun kann man dieses Ergebnis nicht so ohne weiteres auf europäische Verhältnisse übertragen, da der Organisationsgrad der Gewerkschaften hier viel höher ist, und eine einfache Parallelenziehung sich daher verbietet. Glücklicherweise würde aber jüngst eine Studie von Höhnigsberger (2008) vorgelegt, welche in vielen Tiefen-Interviews versucht hat, die Lösung dieses Rollen-Konflikts der Mitglieder des Bundestags mit Gewerkschaftsbuch zu beleuchten. In vielem ist dem Autor dabei zuzustimmen, so z.B. dem Aspekt der unterschiedlichen Handlungslogiken aus Gewerkschafts- und Parteiensicht. Der Schluss jedoch, dass hier immer die Parteiloyalität obsiegt, erscheint gewagt: Es kann niemals im Interesse der Gewerkschaften, geschweige denn der Mitglieder des Bundestags mit Gewerkschaftsbuch sein, eine Herrschaft der anderen Loyalität zuzugeben. Im letzteren Fall würde der Abgeordnete gegen seinen öffentlichen, also verfassungsgemäßen Auftrag verstoßen. Im erstgenannten Fall würden freie Abgeordnete als Fünfte Kolonne diskreditiert und damit eine mögliche Strategie, gerade über diesen Kanal politische Macht auszuüben, von Anfang an konterkariert.

Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit präsentierten empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich gewerkschaftlich organisierte Mitglieder des Bundestags durchaus in ihrem Handeln von Gewerkschaftsinteressen leiten lassen. Je höher der Gewerkschaftsanteil aller Abgeordneten - unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - im Parlament ist, desto geringer ist die Wachstums- und desto höher ist die Inflationsrate, während die trendberei-

nigte Arbeitslosenquote unabhängig von dieser Variablen ist. Dieses Ergebnis bleibt zudem auch dann erhalten, wenn für die politische Orientierung der jeweiligen Regierung kontrolliert wird. Offensichtlich gibt es also einen eigenen, unabhängigen Effekt des Gewerkschaftsanteils, und es besteht daher einige Veranlassung, den parlamentarischen Arm der Gewerkschaften für nicht so schwach zu halten, wie es die Gewerkschaften immer gern glauben machen möchten.

Literatur

Alesina, A. (1987), Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game. *Quarterly Journal of Economics* 102: 651–678

Buchanan, J.M. (1965), An Economic Theory of Clubs. *Economica* 66: 116-121

Cornes, R., Sandler, T. (1999), *The Theory of Externalities, Public Goods, and Club Goods*. 2.ed., New York.

Eckstein, Z., Tsiddon, D. (2004), Macroeconomic Consequences of Terror: Theory and the Case of Israel. *Journal of Monetary Economics* 51: 971-1002.

Flanagan, R. J. (2005), Has Management Strangled U.S. Unions? *Journal of Labor Research* 26: 33-63

Franke, S. F. (2000), *(Ir)rationale Politik? Grundzüge und politische Anwendungen der Ökonomischen Theorie der Politik*. Marburg.

Freeman, R. B und Medoff, J. L. (1984), *What Do Labor Unions Do?* New York.

Freeman, R. B. (2005), *What Do Unions Do? The 2004 M-Brane Stringtwister Edition*. *Journal of Labor Research* 26: 641-668.

Frey, B. S. und Schneider, F. (1978), An Empirical Study of Politico-Economic Interaction in the United States. *Review of Economics and Statistics* 60: 174-183.

Hassel, A. (2005a), Die Erosion der gewerkschaftlichen Lobbymacht. S.188-198 in: T. Leif, R. Späth (Hrsg.), *Die fünfte Kolonne. Lobbyismus in Deutschland*. Wiesbaden.

- Hassel, A. (2005b), Gewerkschaften. S.172-196 in: T.v. Winter, U. Willems (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland. Opladen.
- Hayek, F. A. v. (1960), *The Constitution of Liberty*. Chicago.
- Hibbs, D. (1977), Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71: 1467-1487.
- Hirche, K. (1961), Gewerkschafter im Deutschen Bundestag. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 12: 641-651.
- Hirche, K. (1965), Gewerkschafter im 5. Deutschen Bundestag. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 16: 705-712.
- Hirche, K. (1969), Gewerkschafter im 6. Deutschen Bundestag. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 20: 716-723.
- Hirche, K. (1973), Gewerkschafter im 7. Deutschen Bundestag. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 24: 83-90.
- Hirsch, B. T. (2004), What Do Unions Do for Economic Performance? *Journal of Labor Research* 25: 415-455.
- Hirschman, A. (1970). *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firm, Organizations, and States*. Cambridge.
- Hönigsberger, H. (2006). Gewerkschafter im Bundestag. In der Regierung und in der Opposition. *Mitbestimmung* 52 (H.4): 48-53
- Hönigsberger, H. (2008), *Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung*. Berlin.
- Masters, M. F. und Delaney, J. T. (2005), Organized Labor's Political Scorecard. *Journal of Labor Research* 26: 365-392.
- Nordhaus, D. C. (1975), The Political Business Cycle. *Review of Economic Studies*: 169-190.
- Lipset, S. M., S. Rokkan (1967), Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. S.1-64 in S. M. Lipsey, S. Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York/London.
- Olson, M. (1965), *The Logic of Collective Action*. Cambridge.
- Pege, W. (1996), Wachstum am linken Rand. *IW-Gewerkschaftsreport* 30: 72-79.

Pege, W. (1999), Weiter Wachstum im linken Spektrum. IW-Gewerkschaftsreport 33: 3-9.

Pege, W. (2002): Jeder dritte Bundestagsabgeordnete in der Gewerkschaft. Unternehmen und Gesellschaft: Magazin für Unternehmer und Führungskräfte Heft 4: S. 20.

Pege, W. (2003): Gewerkschaften im Bundestag, in: Unternehmen und Gesellschaft: Magazin für Unternehmer und Führungskräfte, Heft 3, S. 28-29.

Pencavel, J. (2005), Unionism Viewed Internationally. Journal of Labor Research 26: 65-97.

Richter, K. (1983), Gewerkschafter im 10. Deutschen Bundestag. Gewerkschaftliche Monatshefte 34: 449-453.

Richter, K. (1987), Gewerkschafter im 11. Deutschen Bundestag, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 38: 182-185.

Rogoff, K. und Sibert, A. (1988), Elections and Macroeconomic Policy Cycles. Review of Economic Studies 55: 1-16.

Weber, M. (1988), Der Reichspräsident. S. 502 in: J. Winckelmann (Hrsg.), Gesammelte politische Schriften, Tübingen (Original: Berliner Börsenzeitung vom 25. Februar 1919).

Tisdell, C., K. Hartley (2008), Microeconomic Policy. A New Perspective. Cheltenham.

DISKUSSIONSPAPIERE DER FÄCHERGRUPPE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

DISCUSSION PAPERS IN ECONOMICS

Die komplette Liste der Diskussionspapiere ist auf der Internetseite veröffentlicht / for full list of papers see:
<http://fgvwl.hsu-hh.de/wp-vwl>

2009

- 97 Berlemann, Michael; Zimmermann, Klaus W. Gewerkschaften im Bundestag: Gemeinwohlorientiert oder Lobbyisten?, September 2009.
- 96 Kruse, Jörn. Priority and Internet Quality, August 2009.
- 95 Schneider, Andrea. Science and teaching: Two-dimensional signalling in the academic job market, August 2009.
- 94 Kruse, Jörn. Das Governance-Dilemma der demokratischen Wirtschaftspolitik, August 2009.
- 93 Hackmann, Johannes. Ungereimtheiten der traditionell in Deutschland vorherrschenden Rechtfertigungsansätze für das Ehegattensplitting, Mai 2009.
- 92 Schneider, Andrea; Klaus W. Zimmermann. Mehr zu den politischen Segnungen von Föderalismus, April 2009.
- 91 Beckmann, Klaus; Schneider, Andrea. The interaction of publications and appointments - New evidence on academic economists in Germany, März 2009.
- 90 Beckmann, Klaus; Schneider, Andrea. MeinProf.de und die Qualität der Lehre, Februar 2009.
- 89 Berlemann, Michael; Hielscher, Kai. Measuring Effective Monetary Policy Conservatism, February 2009.
- 88 Horgos, Daniel. The Elasticity of Substitution and the Sector Bias of International Outsourcing: Solving the Puzzle, February 2009.
- 87 Rundshagen, Bianca; Zimmermann, Klaus W.. Buchanan-Kooperation und Internationale Öffentliche Güter, Januar 2009.

2008

- 86 Thomas, Tobias. Questionable Luxury Taxes: Results from a Mating Game, September 2008.
- 85 Dluhosch, Barbara; Zimmermann, Klaus W.. Adolph Wagner und sein „Gesetz“: einige späte Anmerkungen, August 2008.
- 84 Zimmermann, Klaus W.; Horgos, Daniel. Interest groups and economic performance: some new evidence, August 2008.
- 83 Beckmann, Klaus; Gerrits, Carsten. Armutsbekämpfung durch Reduktion von Korruption: eine Rolle für Unternehmen?, Juli 2008.
- 82 Beckmann, Klaus; Engelmann, Dennis. Steuerwettbewerb und Finanzverfassung, Juli 2008.
- 81 Thomas, Tobias. Fragwürdige Luxussteuern: Statusstreben und demonstratives Konsumverhalten in der Geschichte ökonomischen Denkens, Mai 2008.
- 80 Kruse, Jörn. Hochschulen und langfristige Politik. Ein ordnungspolitischer Essay zu zwei Reformutopien, Mai 2008.
- 79 Kruse, Jörn. Mobile Termination Carrier Selection, April 2008.
- 78 Dewenter, Ralf; Haucap, Justus. Wettbewerb als Aufgabe und Problem auf Medienmärkten: Fallstudien aus Sicht der „Theorie zweiseitiger Märkte“, April 2008.
- 77 Kruse, Jörn. Parteien-Monopol und Dezentralisierung des demokratischen Staates, März 2008.
- 76 Beckmann, Klaus; Gattke, Susan. Status preferences and optimal corrective taxes: a note, February 2008.
- 75 Kruse, Jörn. Internet-Überlast, Netzneutralität und Service-Qualität, Januar 2008.

2007

- 74 Dewenter, Ralf. Netzneutralität, Dezember 2007
- 73 Beckmann, Klaus; Gerrits, Carsten. Making sense of corruption: Hobbesian jungle, bribery as an auction, and DUP activities, December 2007.
- 72 Kruse, Jörn. Crowding-Out bei Überlast im Internet, November 2007.

